

Kommentar

Tarifpolitik: Nicht vorzeitig forcieren!

In den aktuellen Prognosen wird für 1998 ein konjunktureller Aufschwung vorhergesagt, freilich noch einer ohne viel Kraft; jedenfalls läßt er am Arbeitsmarkt vorerst keine durchgreifende Besserung erwarten. In den Konjunkturprognosen wird unterstellt, daß die Tarifpolitik auch 1998 "moderat" bleiben wird. Das heißt: die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten steigt nur etwa im Ausmaß des Preisauftriebs. Da die Produktivität stärker als die Löhne zunimmt, kommt es dann ein weiteres Mal zu einer Verringerung der Lohnstückkosten. Diese tarifpolitische Vorgabe ist bei Gewerkschaften und Arbeitnehmern unbeliebt. Einige Gewerkschaften kündigen an, daß sie 1998 wieder verstärkt auf die Anhebung der Einkommen der Beschäftigten zielen („Ende der Bescheidenheit“). Überdies läge in deutlich höheren Löhnen sogar eine Chance zur Stärkung der Massenkaukraft und damit zur Verstärkung des konjunkturellen Auftriebs.

Würde es aufgrund dieser Überlegungen nun zu einem forcierten Lohnauftrieb kommen, ginge die Tarifpolitik einen gefährlichen Weg. Verständlicherweise fördern zwar die inzwischen wieder gestiegenen Gewinne lohnpolitische Begehrlichkeit. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Gewinnzunahme gerade nicht einer robusten konjunkturellen Aufwärtsbewegung zu verdanken ist, sondern der angebotsseitigen Reaktion der Unternehmen: in den letzten Jahren haben die deutschen Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit vor allem dadurch verbessert, daß sie energisch rationalisiert haben. Rationalisierung führt tendenziell zu steigenden Gewinnen bei abnehmender Beschäftigung. Verstärkte Lohnsteigerungen würden zusätzlichen Rationalisierungsdruck erzeugen; die verstärkte Reduktion unterdurchschnittlich rentabler Produktion, die Verlagerung von lohnintensiven Produktionsaktivitäten in andere Länder würde im Inland zu weiteren Arbeitsplatzeinbußen führen. Auch in Ostdeutschland würde sich die Lage verschlechtern. Obwohl die Anzahl der Beschäftigten dort seit geraumer Zeit schrumpft, drängen Arbeitnehmer und Gewerkschafter immer stärker auf die Angleichung der Löhne an westdeutsches Niveau. Dies würde einen Rückschlag für die immer noch um nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit kämpfende ostdeutsche Wirtschaft bedeuten; noch mehr Arbeitsplätze fielen dem zum Opfer.

Spielraum für Lohnsteigerungen, die anders als heute den Produktivitätsfortschritt ausschöpfen, wird sich erst ergeben, wenn der konjunkturelle Auftrieb in eine kraftvolle Nachfrageexpansion geführt hat, die von sich aus schon einen Beschäftigungsauftrieb erzeugt. Davon kann derzeit leider noch nicht die Rede sein. Die konjunkturelle Belebung bleibt 1998 aus heutiger Sicht noch ziemlich labil, hängt sie doch entscheidend davon ab, daß die Haupttriebkraft des Aufschwungs, der Exports, nicht vorzeitig erlahmt.

Kann man aber nicht durch forcierte Lohnanhebungen die erwünschten Nachfrageimpulse (hier via Konsumgüter) auslösen? Die Antwort ist: nein. Da die Arbeitnehmer von den zusätzlichen Löhnen einen Teil sparen werden und einen weiteren Teil zum Kauf ausländischer Produkte verwenden, wäre die Bilanz für die inländischen Unternehmen negativ: ihre Lohnkosten stiegen stärker als ihre Umsatzerlöse. Die Kosten-Erlös-Relation der Unternehmen würde sich durch die Lohnforcierung verschlechtern, ein bremsender Impuls für den Aufschwung.

Es wäre völlig unangebracht, den Arbeitnehmern vermitteln zu wollen, die Lohnentwicklung müßte dauerhaft von der konjunkturellen Aufwärtsbewegung abgekoppelt werden. Darum geht es wirklich nicht, es wäre grundsätzlich auch ungerechtfertigt, den Arbeitnehmern die Beteiligung am Produktivitätszuwachs verweigern zu wollen. Doch dies muß die Tarifpolitik erkennen: erst ein wirklich kräftiger und nachhaltiger Aufschwung gibt Raum für die von den Arbeitnehmern erwünschte Steigerung der Lohneinkommen, ohne daß es zu weiteren Entlassungen kommt. Wird hingegen im Vorgriff auf einen erhofften Konjunkturaufschwung die lohnpolitische Schraube überdreht, werden am Ende die Arbeitnehmer selbst oder zumindest die Entlassenen als Verlierer dastehen.

Rüdiger Pohl
(*rph@iwh.uni-halle.de*)